

Schwerpunkt Aktuelles zum Coronavirus

Erstmals mehr positive als negative Coronatests

Wochenrückblick Die Anzahl positiver Coronatests erreichte vergangene Woche neue Höhen. Über ein negatives Ergebnis durften sich nicht einmal die Hälfte der getesteten Personen freuen.

VON DANIELA FRITZ

Die Arbeitskollegin, der Vater, die Schwester oder der Kumpel, mit dem man am Faschnachtsdienstag noch ausgelassen feierte: Derzeit weiss beinahe jeder von jemanden zu berichten, der «positiv» ist, wenn man nicht sogar selbst betroffen ist. Dass sich das Coronavirus mittlerweile relativ ungehindert ausbreiten kann, lässt sich auch an den wöchentlichen Kennzahlen des Amtes für Statistik ablesen. Demnach wurden in der vergangenen Woche, vom 28. Februar bis 6. März, insgesamt 1988 Coronatests in der Marktplatzgarage durchgeführt. Zum Vergleich: In der Vorwoche waren es 1485 Tests. Aufhorchen lassen aber vor allem die Ergebnisse: In der ersten Märzwoche wurde das Coronavirus bei

1194 der Getesteten nachgewiesen, sie mussten sich daraufhin in Isolation begeben. Erstmals seit Beginn der Pandemie fielen somit mehr Tests positiv aus als negativ. Dies schlägt sich in einer Positivitätsrate von 60 Prozent nieder, nachdem erst in der Vorwoche mit knapp 47 Prozent ein neuer Rekord erreicht worden ist. Bei einer solch hohen Positivitätsrate muss zudem davon ausgegangen werden, dass die Dunkelziffer noch weitaus höher ist. Denn längst nicht jeder bemerkt die Erkrankung und lässt sich testen.

580 Personen aktiv erkrankt

Wie die aktuellen Zahlen des Amtes für Statistik zeigen, befinden sich derzeit 580 Liechtensteiner in Isolation. Diese Menschen fehlen auch an ihrem Arbeitsplatz. Zumindest bei den kritischen Infrastrukturen bestünde aber noch kein Grund zu Sorge, heisst es auf «Volksblatt»-Anfrage aus dem Gesundheitsministerium. Zwar seien sehr viele Unternehmen von Ausfällen betroffen, derzeit seien dem Ministerium aber keine Fälle bekannt, in denen sich die Ausfälle in einem kritischen Bereich bewegen würden.

Gestern wurden nochmals neun weitere Personen positiv getestet, eine

erkrankte Person ist verstorben. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 13 204 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 12 545 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 79 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf.

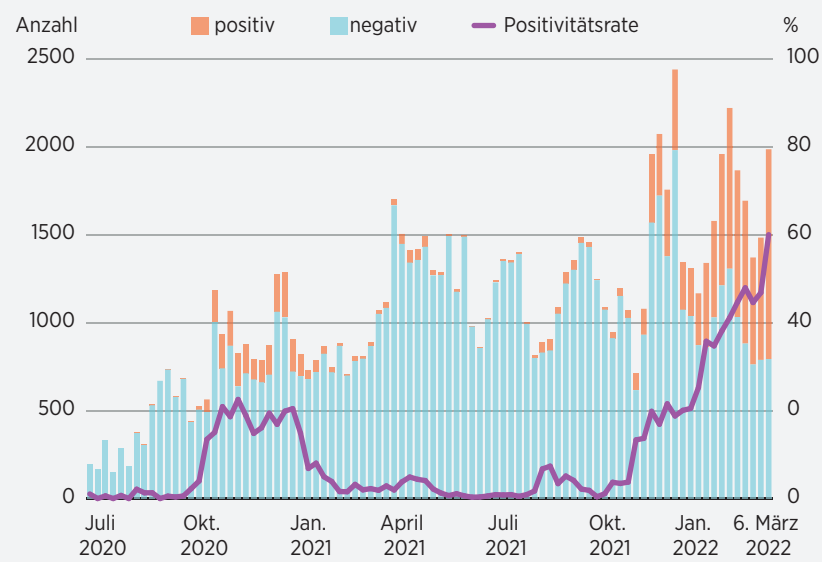
Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 3040 Fällen. Die 7-Tages-Inzidenz, die zwecks internationaler Vergleiche auf 100 000 Einwohner hochgerechnet wird, belief sich am Dienstagabend auf 3040 Fälle, die 14-Tages-Inzidenz liegt bei 4858 Fällen. Das heisst, in den letzten 14 Tagen wurden 4858 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner positiv getestet.

Keine Massnahmen angedacht

Dass sich die Fallzahlen auf Rekordniveau bewegen, kommt indes nicht überraschend. Eine erste Ursache liegt auf der Hand: Das fasnächtliche Treiben machte es dem Virus leicht, sich zu verbreiten. Zudem sind seit 17. Februar fast alle Massnahmen aufgehoben. Aber auch der Subtyp BA.2 spielt eine gewisse Rolle, da sich diese Untervariante von Omikron

Positivrate in neuen Höhen

Wöchentliche Coronatests seit Juli 2020



Quelle: Amt für Statistik; Grafik: «Volksblatt», df

leichter verbreitet. Welcher Faktor sich wie stark auf das Infektionsgeschehen auswirkt, lasse sich aber nicht auseinanderdividieren, meinte Gesundheitsminister Manuel Frick am vergangenen Freitag gegenüber Radio L.

Eine erneute Verschärfung der Coronamassnahmen steht jedenfalls derzeit nicht zur Debatte. Während die Fallzahlen zwar stark steigen, blieben die Hospitalisationen nämlich

relativ konstant und auf tiefem Niveau. Per Montagabend befanden sich drei Covid-19-Patienten im Spital. Frick warnte trotzdem zu einer gewissen Vorsicht: «Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass man auf Erkrankte trifft.» Die Regierung beobachte die Lage aber laufend und ist im Dialog mit den Nachbarkantonen sowie dem Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit, so das Ministerium auf «Volksblatt»-Anfrage.

Eine allfällige Abstimmung über die Auflösung des Landtages wollte Initiant Werner Stocker als «ungefilterten Gradmesser» verstanden wissen. Seinen Anhängern versprach er, dass 35 bis 55 Prozent der Stimmbürger den Landtag und die Regierung wegen derer Coronapolitik absetzen wollen. Die Realität zeigt nun, dass nicht einmal 1500 Stimmbürger gefunden werden konnten, die Stockers Initiative unterstützen. Wie viele letztlich unterschrieben haben, will Stocker nicht verraten. Man würde meinen, dass angesichts dieses Ergebnisses so etwas wie Selbstreflexion einsetzt. Doch weit gefehlt. Von einem «ungefilterten Gradmesser» ist nun plötzlich keine Rede mehr. Im Gegenteil: Es mangle nicht an der Unterstützung, behaupten die Initianten. Zu viele hätten sich einfach nicht getraut zu unterschreiben, weil sie «Sanktionen»

seitens ihres Arbeitgebers, ihrer Kunden oder ihrer Familie befürchten müssten. Eine Unterstellung, die sich nicht überprüfen lässt.

Fataler Irrglaube

Ich glaube, es ist nur ein vorgeschobenes Argument, um zu überdecken, was der «ungefilterte Gradmesser» zu Tage gefördert hat. Die gescheiterte Unterschriftensammlung ist eine unschmeichelhafte Rückmeldung zum Vorgehen des eng vernetzten Kerns der Massnahmegegner während der letzten Wochen und Monate.

Immer montags wird auf dem Peter-Kaiser-Platz propagiert, dass fast alle Menschen - sofern nicht korrupt - einfach zu doof sind, selbst zu denken und blindlings einer medialen Manipulation folgen würden. Selbst sehen sich die Massnahmegegner immun gegen jedwede Propaganda, sie wollen die «Aufwachenden» sein, die sich von nichts

Kommentar Schmerzhafter «ungefilterter Gradmesser»



DAVID SELE

und niemandem täuschen lassen. Ein fataler Irrglaube, dessen Opfer auch die Initiative zur Auflösung des Landtages geworden ist. Die Menschen lassen sich nicht für dumm verkaufen. Allein die absurden Versprechen der Initianten, was eine Auflösung des Landtages für «Wunder» wirken könnte. Oder

das Hantieren mit verbrieft unseriösen Meinungsumfragen und die intransparente Kommunikation. Und nicht zuletzt die ungläubwürdige Distanzierung von Extremisten. All das war für jede und jeden leicht durchschaubar.

Keine Selbstreflexion

Wie ist dieses Vorgehen der Initianten zu erklären? Wer ist für diese Strategie verantwortlich? Eigentlich wäre nun jene schonungslose Aufarbeitung zu erwarten, die die Massnahmegegner von allen anderen stets einfordern. Die Initianten aber haben ihre noch im Januar siegessicher angekündigte und nun gescheiterte Initiative am Montagabend mit einem Schulterzucken weggewischt. Und Werner Stocker wäre nicht Werner Stocker, wenn er nicht bereits sein nächstes Projekt in der Hinterhand hätte: Er lanciert nun wieder Petitionen. Diese Form des politischen

Vorstosses ist dankbarer als die Initiative. Formale Anforderungen gibt es kaum, keine Fristen, jeder kann unterschreiben, überall, auch online. Und darüber abgestimmt wird höchstens im Landtag, was wiederum keine direkte Folge hat. Die Petition ist also das ideale Vehikel, sich weiter der Illusion einer Bürgerbewegung hinzugeben. Im Ergebnis stellt es jedoch eine weitere Isolation des Massnahmegegner-Zirkels dar. Das gegenseitige Verständnis in der Gesellschaft wird weiter schwinden. «Warum hören sie nicht endlich auf damit?», fragen die vielen. «Warum werden wir und unsere Anliegen nicht ernst genommen?», fragen die Massnahmegegner. Sicher ist: Wer immer nur die anderen, aber nie sich selbst hinterfragt, wird nie in einen weiterbringenden Dialog finden.

dsele@volksblatt.li

Initiative zur Landtagsauflösung gescheitert

Protest Liechtenstein wird nicht über die Auflösung des Landtages abstimmen. Die entsprechende Initiative der Coronamassnahmen-Gegner ist nicht zustande gekommen, wie Initiant Werner Stocker am Montag informierte. Grund des Scheiterns sei aber nicht, dass die Massnahmegegner in der Minderheit seien.

VON DAVID SELE

1500 Stimmberechtigte hätten das Sammelbegehren unterzeichnen müssen, damit es zu einer Volksabstimmung kommt. Bei einem «Ja» wäre es zur Auflösung des Landtages und folglich zu Neuwahlen gekommen. Doch daraus wird nun nichts, wie Hauptinitiant Werner Stocker am Montag an der Coronademonstration in Vaduz verkündete. Gemäss Landespolizei nahmen rund 100 Personen an der Kundgebung teil.

Anzahl Unterschriften bleibt geheim

Bei Neuwahlen hätte sich die neu gegründete Massnahmegegner-Partei MiM erhofft, in den Landtag einzuziehen. Alle anderen Parteien sprachen sich klar gegen die Initiative aus. Auch Erbprinz Alois kritisierte das Vorhaben der Massnahmegegner. Über den Verlauf der Unterschriftensammlung hüllten sich die Initianten

rund um den Balzner Werner Stocker in Schweigen. Konkrete Angaben, etwa einen Zwischenstand der bereits gesammelten Unterschriften, gab es nie. Die Geheimniskrämerei nahm am Montag kein Ende. Wie viele Unterschriften denn nun gesammelt werden konnten, wollte Stocker nicht sagen.

Der Misserfolg sei weder negativ noch ein «Versagen», sagte er an der Demo. Ursächlich sei überdies nicht, dass die Massnahmegegner in der Minderheit seien. Sehr viele Menschen hätten sich nicht getraut, die Initiative zu unterschreiben, weil sie «aus familiären, beruflichen oder geschäftlichen Gründen Sanktionen erwarten». Ein kleiner Teil habe nicht unterschreiben wollen, weil sie dachten, es liesse sich nichts bewegen, wenn ohnehin wieder dieselben Politiker gewählt würden. Dass die Initiative in diesem frühen Stadium scheiterte, ist jedenfalls eine

herbe Niederlage für die Bewegung der Massnahmegegner rund um Werner Stocker. Monatelang sei der Vorstoss geplant worden, hiess es zum Start im Januar.

Die Abstimmung über die Auflösung des Landtages wollte Stocker als «Gradmesser» verstanden wissen, wie viel Rückhalt die Politik in der Bevölkerung noch hat. Dass es nun nicht einmal für 1500 Unterschriften gereicht hat, heisst wohl kaum, dass alle anderen vollends zufrieden sind. Vielmehr dürfte es auch eine Rückmeldung auf das Agieren des harten Kerns der Massnahmegegner sein.

Zuversicht schwand mit der Zeit

Als Initiativwerber hatte Stocker bis zuletzt betont, dass er an den Erfolg der Initiative glaubt. Zwischen den Zeilen liess sich die schwindende Zuversicht über die Wochen hinweg dennoch ablesen. So sprach Stocker zu Beginn der Unterschriftensamm-

lung bereits von der Volksabstimmung, die gewonnen werden könne. Er versprach seinen Anhängern ein Ergebnis zwischen 35 und 55 Prozent Jastimmen. Abgeleitet hatte er dies aus einer nicht-repräsentativen Onlineumfrage, die Mehrfachteilnahmen zulässt und überdies gezielt in den grenzüberschreitenden Telegrammgruppen der Massnahmegegner gestreut wurde. Mit der Zeit legte Stocker dann den rhetorischen Fokus stärker auf die Unterschriftensammlung, appellierte, dass jede Unterschrift wichtig ist. Ungewollt liess er auch durchblicken, dass es mit der Sammlung holpert, als er beklagte, viele würden sich nicht trauen, zu unterschreiben, weil sie Repressalien des Staates oder des Arbeitgebers fürchten würden.

Im Initiativkomitee scheint sich das Engagement in Grenzen gehalten zu haben. Vom «grossen Netzwerk», das gemäss Stocker aktiviert werden soll-

te, war wenig zu spüren. Gross angekündigte Sammeltage fanden entweder nicht statt oder waren schlicht nicht beworben worden. Neben der Verbreitung der Unterschriftenbögen im Internet beschränkten sich die Bemühungen letztlich auf eine Flyeraktion und eine «Tour» von Werner Stocker selbst, am vergangenen Samstag, durch die Gemeinden, um Unterschriftenbögen einzusammeln.

Zwei Petitionen geplant

Stocker hatte aber bereits angekündigt, dass die Initiative zur Auflösung des Landtages nicht sein letztes Projekt gewesen sein soll. Zwei weitere geplante Vorstösse machte er nun am Montag publik. So will er zwei Petitionen lancieren, einerseits für eine «Kommunikationsplattform» für breite politische Diskussionen. Andererseits für die Erweiterung des Zollertrages um ein «Referendumsrecht für vererbte Gesetze».